



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer, Peter Winter, Angelika Schorer, Heinrich Rudrof, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Hans Herold, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Reserl Sem, Klaus Steiner, Klaus Stöttner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

**Haushaltsplan 2017/2018;  
hier: Landesanstalt für Landwirtschaft  
(Kap. 08 20 Tit. 710 42)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 08 20 Tit. 710 42 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 5.000,0 Tsd. Euro von 2.000,0 Tsd. Euro auf 7.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

### **Begründung:**

Das Lehr-, Versuchs- und Fachzentrum Schwaiganger soll zum „Bayerischen Bildungszentrum Pferdehaltung und Reiten“ ausgebaut werden. Künftig sollen alle überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen und praktischen Zwischen- und Abschlussprüfungen im Berufsfeld Pferdewirt sowie für die Fortbildung zum Pferdewirtschaftsmeister an einem einzigen Standort durchgeführt werden. Der derzeit noch mietweise in Riem untergebrachte Bereich Klassische Reitausbildung soll von Riem nach Schwaiganger verlagert werden. Neben der inhaltlichen Neuorientierung muss der traditionsreiche Standort Schwaiganger auch baulich zukunftsfähig gemacht werden. Hierzu sind auch Neubauten erforderlich, da Umbaumaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden nicht möglich oder unwirtschaftlich sind. Um eine dem Stand der Technik entsprechende, praxisnahe Ausbildung auf hohem Niveau anbieten zu können, müssen ein Internat, ein Lehrstall mit Lehrwerkstatt und eine Reithalle errichtet werden. Die Baumaßnahmen für Ausbildungszwecke sind vom Bund mit bis zu 45 Prozent förderfähig. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die erforderlichen Neubauten für einen richtungsweisenden Ausbildungsstandort zeitnah umgesetzt und die Bundeszuschüsse gesichert werden.